



KANTONSRATS PROTOKOLL

Sitzung vom 30. Januar 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 424 Anfrage Agner Sara und Mit. über die Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Sara Agner ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Sara Agner: Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass die Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG) dem Thema Gleichstellung zeitgemäss Rechnung trägt und entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellt. In der Antwort der Regierung stehen die Prävention und die Sensibilisierung im Vordergrund. Wir hoffen, dass dies weiterhin der Fall sein wird. Der Bereich Prävention ist nur eine Möglichkeit, um das Ziel der Gleichstellung zu erreichen. Genauso wichtig sind die Umsetzung in den Unternehmen und die Rechtsprechung. Bei der Rechtsprechung kommt der Kanton wieder ins Spiel. Sämtliche Fragen sind vom Gesundheits- und Sozialdepartement beantwortet worden. Insbesondere bei den Fragen 1 und 2 wäre das Justiz- und Sicherheitsdepartement in der Pflicht; es müsste im Sinn einer Qualitätssicherung ein Interesse daran haben, dass das Gleichstellungsgesetz richtig angewendet wird und die Richterinnen und Richter sowie die Mitglieder der Schlichtungsbehörden entsprechend geschult sind. Im Nachgang an die genannte Studie hat der Bund ein Schreiben an die Kantone mit der Empfehlung verfasst, entsprechende Schulungen durchzuführen beziehungsweise das Gleichstellungsgesetz in Weiterbildungen zu integrieren. Diese Empfehlung sollte auch für den Kanton Luzern gelten. Die Regierung stellt in ihrer Antwort infrage, ob die Resultate der Studie eins zu eins auf den Kanton Luzern übertragen werden können. Unserer Meinung nach wäre es falsch, aus diesem Grund auf Weiterbildungsmassnahmen in der Rechtsprechung zu verzichten. Es ist wichtig, dass die Hauptprobleme, die aus dieser Studie resultieren, auch in Zukunft aktiv angegangen werden.

Räto B. Camenisch: Die DISG soll gemäss Organisationsentwicklung 2017 (OE17) umgestaltet werden. Wir finden, die DISG könnte einfach abgeschafft werden. Vor 23 Jahren bin ich mit der SVP in den Kantonsratssaal eingezogen, und die Abschaffung des damaligen „Gleichstellungsbüros“ war eines unserer ersten Anliegen. Statt einer Diskussion gab es im Saal ein Konzert von Frauen, die so die Diskussion verweigern wollten. Das Ratspräsidium rief nicht zur Ordnung auf, sodass die gesamte SVP-Fraktion für den Rest des Tages den Saal verliess. So begegnete man diesem Anliegen vor 23 Jahren, heute sprechen wir mindestens vernünftig darüber. Was hat dieses Büro aber in den letzten 20 Jahren geleistet, und was hat es gekostet? Es wurde eine Broschüre gemacht, die nun verteilt wird. Der Zukunftstag wurde besucht und wird immer wieder besucht. Mit der Zeit wurden die Aufgaben ausgeweitet, und das Thema der sexuellen Belästigung ist neu dazugekommen. Es werden familienfreundliche Unternehmen besucht und in ihrem Tun ermutigt. In der kantonalen Verwaltung wird überprüft, ob das eidgenössische Gleichstellungsgesetz

eingehalten wird. Der Vereinbarkeit von Muttersein und Beruf wird ebenfalls Rechnung getragen. Seien wir doch ehrlich, auf kantonaler Ebene brauchen wir, zumindest für Schweizer Frauen, kein Gleichstellungsbüro. Ich traue den Schweizer Frauen zu, dass sie sich selber Luft verschaffen und ihre Stellung behaupten. Anders sieht es bei Frauen mit Migrationshintergrund aus, denn kulturelle Hintergründe können die Gleichstellung erschweren. Aber Integration ist eine Hol- und keine Bringaufgabe. Der Kanton Zug hat bisher zu Recht eine solche Stelle verweigert und fand beim Bundesgericht Unterstützung darin.

Marcel Budmiger: Das Votum von Räte B. Camenisch erinnert mich an die Zeit, als es um die Einführung des Frauenstimmrechts gegangen ist. Damals haben sich gewisse Personen mit Händen und Füßen dagegen gewehrt. Eine kantonale Behörde kann nicht gegen den Willen des Parlaments selber Entscheidungen treffen. Schlussendlich geht es darum, dass die Verwaltung nur das tun kann, was das Parlament zulässt.

Roger Zurbruggen: Die CVP erachtet es als wichtig, dass es eine solche Stelle gibt. Bei der Gleichstellung handelt es sich um eine Sache der Sensibilisierung, und es sollte bei jeder Gelegenheit darüber gesprochen werden. Letztlich geht es um einen Kulturwandel, der angestrebt werden muss. Die CVP erachtet es ebenfalls als wichtig, dass die adäquate Anwendung des Bundesrechts in der Verantwortung der Justizbehörden ist. Sie sollen in dieser Sache selber aktiv werden und ihre eigene Praxis im Lichte des Forschungsberichtes des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann selbstkritisch hinterfragen und Massnahmen festlegen. Wenn dabei ein Mailing der Regierung an die Judikative im Sinn eines Anstosses hilft, dann bitten wir die Regierung, dies zu tun.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Funktion der DISG bleibt trotz der Reorganisation gleich. Wir setzen das Bundesrecht um. Laut der Anfragenden soll die Qualitätssicherung beim Justiz- und Sicherheitsdepartement liegen; das haben wir zur Kenntnis genommen. Die Gerichte sind eigenständig, wir sichern ihnen aber in diesem Bereich unsere Unterstützung zu. Mit der Aussage von Räte B. Camenisch, dass es die DISG nicht brauche, bin ich nicht einverstanden. Das Thema Gleichstellung ist nur ein kleiner Bestandteil der DISG. Die DISG nimmt sich auch Fragen zum Alter, zum Behindertenwesen und zu vielen weiteren sozialen Themen an. Wenn wir uns all dieser Themen nicht annehmen, holt uns das später ein. Das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann setzen wir zwar um, halten uns dabei aber an die minimalen Vorgaben. Auch im Kanton Luzern ist die Gleichstellung noch nicht überall angekommen. Das fängt beim Lohn an und geht in anderen Bereichen weiter. Das Programm der DISG, das familienfreundliche Rahmenbedingungen in Unternehmen im Kanton Luzern fördert, wird auch von den Unternehmen selber geschätzt. Das ist auch wirtschaftspolitisch wichtig. Im Vergleich zu anderen Kantonen können wir aber für die Gleichstellungsfrage weniger Mittel aufwenden.